

## Man darf sich wehren!

Der Belgier Eric Toussaint, Präsident des Komitees für die Streichung der Schulden der Dritten Welt (CADTM), schreibt am 25.02.2011 sinngemäß: "Es ist für ein Land möglich und legitim die weitere Zinszahlung für die Staatsschulden, welche unrechtmäßig angehäuft wurden, zu verweigern". Er zitiert die Beispiele von Ecuador, Argentinien und Paraguay, die sich geweigert hatten, die Schulden für "ex-nihilo-Kredite" von den privaten Banken der Wall Street, von der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds, dem Club de Paris und bei Schweizer Privatbanken weiter zu bezahlen. In Neuverhandlungen gelang es diesen Ländern bis zu 80% an unrechtmäßigen Schuldtiteln für null und nichtig erklären zu lassen. Danach, so schreibt Herr Toussaint, sei in diesen Ländern keineswegs Chaos ausgebrochen, ganz im Gegenteil, alle drei Länder konnten ihre Konjunktur stabilisieren und den Spielraum für soziale Ausgaben teilweise verdoppeln. Er rät auch Griechenland und Irland, sowie vor allem den meisten afrikanischen Staaten an, in gleicher Weise vorzugehen. Es ist durchaus realistisch anzunehmen, dass der Strom an Wirtschaftsflüchtlingen aus Afrika, so wie derzeit aus Tunesien, dann ganz von selber versiegen würde.

Auch in Belgien und in der DG bewirkt die Staatsverschuldung Arbeitslosigkeit, Kinderarmut, existenzielle Probleme für viele Rentner, Rückgang bei den öffentlichen Dienstleistungen, uvm. Es geht also darum, diese Fehlentwicklungen zu beenden. Mit diesem Ziel hatte ich am 25.01.2011 in einer Petition an den Senat und an die Kammer den Vorschlag gemacht, die belgischen Staatsbons direkt als gesetzliche Zweitwährung in Belgien einzusetzen. Der noch amtierende Finanzminister, Didier Reynders, möchte ja die belgischen Staatsbons interessanter gestalten: Mit der vorgeschlagenen Maßnahme würden die Staatsbons zu 100% ihres nominellen Wertes genutzt, und die Wirtschaftsaktivität sowie das Sozialwesen würden entscheidend gefestigt. Nicht zuletzt ist eine stabile Finanzsituation eine ganz wesentliche Vorbedingung für den Zusammenhalt unseres Landes, deshalb hatte ich auch die Senatoren Claudia Niessen und Louis Siquet sowie die Abgeordnete Katrin Jadin gebeten, obige Petition in den föderalen Kommissionen tatkräftig zu unterstützen.

Joseph Meyer, St.Vith  
Vivant- Ostbelgien